

EU Wahlmonitor

Juli 2023

Parlamentswahl **Spanien** Analyse

iep Institut für
Europäische Politik

Laia Mestres

Am 23. Juli gingen die Spanier:innen zu den Wahlen, um zwischen einer Fortsetzung der Regierungskoalition aus der Sozialistischen Partei Spaniens (PSOE) und Sumar (vormals Unidas Podemos) unter Amtsinhaber Pedro Sánchez und einem Rechtsruck durch eine Regierung der konservativen Volkspartei (PP) mit Unterstützung der rechtsextremen Vox zu entscheiden.

Der Wahlkampf für diese nationalen Parlamentswahlen fiel mit dem Beginn von Spaniens sechsmonatiger EU-Ratspräsidentschaft zusammen. Die nicht eindeutigen Ergebnisse sind ein bitterer Sieg für den konservativen und rechtsextremen Block, der aufgrund der Verluste von Vox keine absolute Mehrheit der Sitze erringen konnte. Dies eröffnet der progressiven amtierenden Regierung die Möglichkeit, an der Macht zu bleiben, auch wenn Neuwahlen das wahrscheinlichste Szenario sind.

Die Ausgangslage

Mehr als vier Jahrzehnte lang, seit der Wiederherstellung der Demokratie, herrschte in Spanien ein Zweiparteiensystem, in dem entweder die PSOE (Partido Socialista Obrero Español - Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) oder die PP (Partido Popular - Volkspartei) an der Macht waren. Doch im Jahr 2023 ist eine absolute Mehrheit und eine Alleinregierung für beide Parteien sehr ungewiss. Die spanische politische Landschaft ist heute ein Mehrparteiensystem, das vier prominente Akteure prägen.

Links von der PSOE ist das neu gegründete Linksbündnis Sumar zu verorten, das von Yolanda Díaz, zweiter Vizeministerin und Arbeitsministerin der PSOE-Podemos-Koalitionsregierung, angeführt wird. In diesem Bündnis sind die linke Partei Podemos und andere kleinere progressive und grüne Parteien vertreten.

Auf der rechten Seite des Spektrums hat sich die rechtsextreme Partei Vox zu einer bedeutenden Kraft entwickelt, die in letzter Zeit ihre Präsenz in verschiedenen Regionalparlamenten konsolidiert hat und sogar die PP in einigen Regionalregierungen unterstützt. Vox, unter der Führung von Santiago Abascal, teilt den Diskurs anderer europäischer rechtsextremer Parteien wie der deutschen AfD, der Basisfinn:innen, der österreichischen Freiheitspartei oder der Fratelli d'Italia.

Die Regierungskoalition aus PSOE und Podemos, die seit Januar 2020 an der Macht war, war die erste Koalition in der demokratischen Geschichte Spaniens. Trotzdem wird Spanien in naher Zukunft wahrscheinlich weiterhin von Koalitionen regiert werden, entweder aus PSOE und Sumar oder aus PP und Vox.

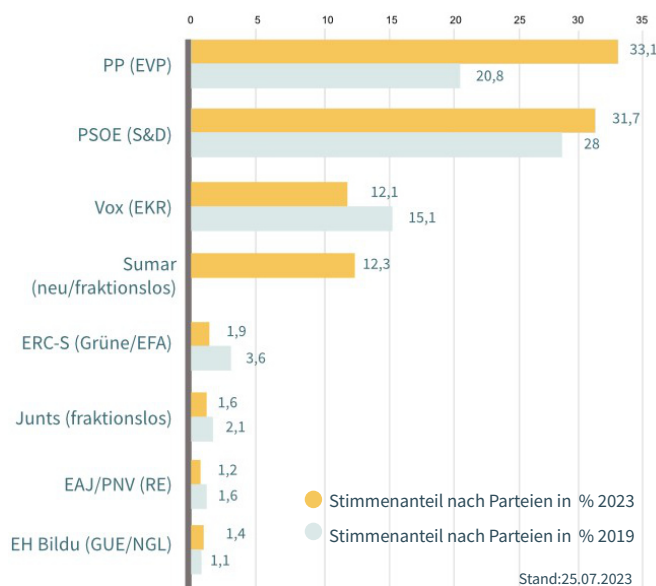
Im Unterhaus des spanischen Parlaments (Congreso de los Diputados) sind zudem weitere Minderheitsparteien vertreten, vor allem nationalistische Parteien aus Katalonien und dem Baskenland. Sie können eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung einer PSOE-Sumar-Regierung spielen, wenn diese nicht alleine eine absolute Mehrheit erreichen. Hingegen wäre es für diese Parteien schwieriger, für eine PP-Vox-Regierung zu

stimmen, die jegliche nationalistische Forderung nach mehr Macht für die Regionen ablehnen.

In Spanien hat noch nie eine Parlamentswahl Ende Juli stattgefunden - zu einer Zeit, in der Tourist:innen in das Land strömen und viele Spanier:innen im Urlaub sind. Aber Pedro Sánchez, Ministerpräsident seit 2018, rief einen Tag nach den Kommunal- und Regionalwahlen am 28. Mai 2023 überraschend zu Neuwahlen auf. Die beiden Regierungsparteien auf nationaler Ebene, PSOE und Podemos, hatten schlechter als erwartet abgeschnitten, während die rechten Parteien erstarkten. Die PP schloss mehrere Abkommen mit VOX, so zu Regierungskoalitionen in Valencia und Extremadura und zur Unterstützung einer konservativen Regierung auf den Balearen.

Im Vorlauf der Wahlen waren die Debatten zwischen den Blöcken äußerst konträr. PSOE und Sumar (vormals Podemos) verteidigten entschieden die während ihrer fast vierjährigen Regierungszeit umgesetzten Maßnahmen, darunter die Wirtschaftsmaßnahmen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine, die Arbeitsreform, die Verabschiedung von Transgender-Gesetzen und Neuerungen im Sexualstrafrecht, sowie die Begnadigung der inhaftierten katalanischen Unabhängigkeitsführer:innen. PP und Vox lehnten all diese Maßnahmen entschieden ab. Ihr Ziel bestand letztlich darin, Pedro Sánchez aus dem Amt zu heben.

Das Wahlergebnis [★]



Die eilige Festlegung des Wahltermins und der heiße Sommer hätten die Wahlbeteiligung erheblich beeinflussen können. Entgegen den Erwartungen lag die Wahlbeteiligung jedoch bei [70,40 Prozent](#) und damit vier Prozentpunkte höher als bei den Parlamentswahlen 2019. Fast 2,5 Millionen Bürger:innen wählten per Briefwahl, da sie am Wahltag nicht in ihren Heimatstädten gewesen

wären. Die Zahl der Briefwahlen hat sich im Vergleich zu den Kommunal- und Regionalwahlen zwei Monate zuvor verdoppelt.

Eine Mehrheit im Unterhaus erfordert mehr als die Hälfte der 350 Sitze. In dieser Hinsicht kann das Wahlergebnis nur als unklar bezeichnet werden. Obwohl zahlreiche Umfragen in den letzten zwei Monaten einen Sieg des PP-Vox-Blocks voraussagten, blieben die Zahlen hinter den Erwartungen zurück. Dies ist ein bitterer Sieg für die Konservativen und Rechtsextremen, da er nicht für eine Mehrheit reicht.

- **PP-Vox-Block:** Die konservative Volkspartei ging mit 136 Sitzen (47 mehr als 2019) als Siegerin aus der Wahl hervor. Die rechtsextreme Vox musste jedoch einen Rückschlag hinnehmen und erhielt nur 33 Sitze, was einem Verlust eines Drittels ihrer Fraktion entspricht. Insgesamt kam der Block nur auf 169 Sitze und verfehlte damit die für eine Mehrheit erforderlichen 176 Sitze. Alberto Núñez Feijóo beanspruchte sein Recht, eine Regierung zu bilden, aber es scheint, dass er bei den kleineren, regionalen Parteien nicht genügend Unterstützung finden wird. Damit scheinen sich [die Sorgen](#) vieler vor der Bildung einer konservativen Regierung mit rechtsextremen Minister:innen aufgelöst zu haben.
- **PSOE-Sumar-Block:** Pedro Sánchez setzte alles daran, die von der Regierungskoalition in den letzten vier Jahren durchgeführten Maßnahmen zu verteidigen, wobei er den Schwerpunkt auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik legte. Beide Regierungspartner erhielten zusammen 153 Sitze, wobei die PSOE 122 Sitze und Sumar 31 Sitze errang. Obwohl die PSOE nur den zweiten Platz bei den Wahlen erreichte, waren Widerstand und Hoffnung die vorherrschenden Emotionen der Anführer:innen in der Wahlnacht. Unter den gegebenen Umständen ist es plausibler, dass die baskischen, katalanischen und galizischen Nationalist:innen ihren Block als den der PP und Vox unterstützen. Mit ihren Stimmen kämen PSOE und Sumar auf 172 der 176 erforderlichen Sitze – mehr als PP und Vox.

Der Erfolg des progressiven Blocks hängt nun von Junts ab, der katalanischen Unabhängigkeitspartei von Carles Puigdemont. Deren Sprecherin, Míriam Noguera, hat in der Wahlnacht mit Nachdruck erklärt, dass sie Pedro Sánchez nicht umsonst unterstützen würden. Folglich ist das wahrscheinlichste Szenario, dass trotz der Bemühungen um eine Regierungsbildung von Núñez Feijóo und Sánchez mehrere Abstimmungen zur Amtseinführung im Parlament scheitern könnten. Infolgedessen könnte König Felipe VI. keine andere Wahl haben, als das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Diese würden wahrscheinlich im Dezember 2023 oder sogar im Januar 2024 stattfinden, wenn die sechsmonatige spanische EU-Ratspräsidentschaft beendet ist.

Europapolitische Implikationen

Die [Zustimmung der spanischen Bürger:innen und Parteien zur europäischen Integration](#) ist seit vielen Jahren ungebrochen. Bislang war die EU noch nie ein Thema, das im Wahlkampf ausgenutzt wurde, und keine politische Partei hat die euroskeptische Karte gespielt. Der Aufstieg von Vox, die mit anderen rechtsextremen Parteien Europas im Juli 2021 [eine Erklärung gegen europäische Integration](#) unterzeichneten, schien jedoch den außergewöhnlichen spanischen Konsens über die EU zu erschüttern. Trotz dieser Entwicklung fehlten bemerkenswerterweise Diskussionen über die Rolle Spaniens in der EU oder die künftige EU-Integration in den Wahldebatten.

Die Wahlen in Spanien wurden von vielen als [ein Schlüsselmoment im europaweiten Kampf gegen den Neofaschismus](#) angesehen. Vox' Ergebnisse zeigen, dass ein beträchtlicher Teil der spanischen Bürger:innen gegen die Partei mobilisiert wurde, und die PP einige Stimmen ihrer traditionellen Wählerschaft zurückgewinnen konnte. Auch wenn die europaskeptischen Rechtsextremen in Spanien nicht verschwinden werden, sind diese Wahlergebnisse ein Rückschlag für Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und andere, die die EU nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr lähmen wollen.

Eine Folge der Wahlergebnisse für die EU ist auch, dass Pedro Sánchez die Agenda der spanischen Ratspräsidentschaft ohne Unterbrechung fortsetzen wird. Dieser oft als "goldene Präsidentschaft" bezeichnete Vorsitz ist die letzte vollständige sechsmonatige Ratspräsidentschaft vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2024. Spaniens geschäftsführende Regierung wird die Aufgabe haben, wichtige Reformen beispielsweise zu neuen Fiskalregeln, zur Regulierung des Strommarktes und zur Migrationspolitik abzuschließen. Die ersten Schritte der spanischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2023 wurden vollständig von den Parlamentswahlen überschattet. Vom 24. Juli an bis zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten durch das spanische Parlament wird Pedro Sánchez die Sichtbarkeit der Ratspräsidentschaft nutzen, um sich auf eine mögliche zweite Wahl vorzubereiten. Ein geschäftsführender Ministerpräsident hat zwar nur begrenzte Befugnisse, da keine neuen Gesetze verabschiedet werden können, aber er könnte die EU vor innenpolitischen Turbulenzen schützen. Die Maschinerie in Brüssel und Madrid ist gut geölt und kann effizient zwischen Europäischem Rat, Parlament und Kommission zu den ausstehenden Dossiers vermitteln, [wie José Ignacio Torreblanca vom ECFR betont](#).

Die unmittelbare politische Zukunft Spaniens bleibt ungewiss. Es ist offen, ob PP oder PSOE in der Lage sein werden, mit Unterstützung ihrer jeweiligen Juniorpartner und anderer regionaler Minderheitsparteien eine Regierung zu bilden. Die uneindeutigen Wahlergebnisse

geben trotzdem Aufschluss über die Rolle, die Spanien in den kommenden Jahren in der EU spielen könnte. Insbesondere ist es unwahrscheinlich, dass sich Spanien in die Reihe jener Mitgliedstaaten stellt, in denen EU-feindliche Parteien den Ton angeben. Spaniens Unterstützung für die europäische Integration war bisher unerschütterlich und scheint auch in Zukunft so zu bleiben. Dies ist zweifellos eine gute Nachricht sowohl für Spanien als auch für die EU.

Über die Autorin

Dr. Laia Mestres ist Research Fellow am Institut Barcelona d'Estudis Internacionals und Associated Researcher am Observatory of European Foreign Policy.

Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editorin

Prof. Dr. Funda Tekin

Redaktion und Übersetzung aus dem Englischen

Johanna Hase

Layout

Julia Winter und Laura Worsch

ISSN: 2941-0088

This text is licensed Creative Commons Attribution- Non Commercial- No Derivatives 4.0 International.



iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

